

Der Grundstein

Dieser Nummer liegt für unsere Mitglieder der Jahrgang "Grundstein" 1932 bei.

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Flecht-, u. Dachbederbetrieben, in der Kachelofen- u. Steingewandindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Holzer, Fliesenleger, Ofenbauer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheinung wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.- RM. (ohne Postgeb.). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh. **Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund** Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 17 000/107 765, 7651, 6240. Postk. Berlin 63232. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin SW 14, Deutscher Baugewerksbund, Central-Beauftragungsstellen nach Sachl. durch „Bertha“, Berlin SW 11.

Rund um die neue Notverordnung!

Auspruch des ADGB und Notverordnung.

Zu der Notverordnung vom 8. Dezember nahm am 15. Dezember der Ausschuss des ADGB Stellung. Sie wurde einer ebenso harten wie gerechten Kritik unterzogen. Alle vor Erlass der Notverordnung von den geeinten Spitzengewerkschaften gemachten Einwände und Gegenvorschläge sind von der Reichsregierung in den Wind geschlagen worden. Dagegen wurde in weisfugendem Maße den Unternehmern die Rechnung getragen. Die Hausbesitzer erhielten Millionenergüsse. Die Sozialversicherung wurde verschlechtert. Das Tarifrecht wurde durchbrochen. Von neuem werden die Löhne gesenkt. Und nichts von irgendeinem Versuch zu vermehrter Arbeitsbeschaffung, nichts von einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit! Und die Unterredung, die nach Erlass der Notverordnung die Vertreter der Spitzengewerkschaften am 14. Dezember mit Vertretern der Reichsregierung hatten, zeitigte ein mageres Resultat. Diese Besprechung währte drei Stunden. Dabei betonten die Gewerkschaftsvertreter, daß die Notverordnung die Arbeiter, Angestellten und Beamten vor allem deshalb schwer befahe, weil die Preisenkung der Lohn- und Gehaltsenkung nicht vorausgehe. Sie legten scharfen Protest ein gegen die durch die Notverordnung festgelegte Sonderbehandlung der Bergarbeiter, der Gemeinde- und Staatsarbeiter, wodurch der Lohn dieser Arbeitergruppen zum Teil erheblich unter den Stand vom 10. Januar 1927 herabsinkt. Die Notverordnung zeige auch keinen Ausweg, die Wirtschaft von neuem zu beleben. Sie bringe im Gegenteil eine weitere Abdrosselung auf diesem Gebiete. Vor allem aber habe nunmehr die Regierung die Pflicht, auf der ganzen Linie schnell und durchgreifend die Preisenkung durchzuführen und alle Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Demgegenüber erklärte der Reichskanzler, aus der Notverordnung dürfe auch nicht ein Stein herausgenommen werden, sonst falle sie in sich zusammen. Wenn alle Kräfte der Wirtschaft auf die Preisenkung konzentriert würden, dann werde auch ein Erfolg dieser Notverordnung zu erwarten sein. Zu erwähnen wäre noch, daß sich der Arbeitsminister beim Aufbau der Tarifverträge zur Hilfeleistung bereit erklärt hat.

In der Ausschußsitzung wurde auch das Ergebnis dieser Unterredung lebhaft besprochen. Jeder Redner äußerte seine stärkste Unzufriedenheit sowohl mit der Notverordnung als auch mit dem Ergebnis dieser Unterredung. Einheitslich war der Ausschuss der Ansicht, daß diese Notverordnung die Wirtschaftslage Deutschlands nicht erleichtern, sondern im Gegenteil noch mehr verschärfen werde. Die Beratungen fanden ihren Abschluß mit der Annahme der nachstehenden Entschließung:

„Der Bundesauschuss stellt fest, daß die Regierung in der Notverordnung die wiederholten ersten Warnungen der Gewerkschaften unbenutzt gelassen und statt dessen den von Arbeitslosen erhobenen Forderungen nachgegeben hat. Die schwerwiegenden Bedenken gegen einen allgemeinen Lohnabbau besetzen unermindert fort, um so mehr, als in den Maßnahmen zum Abbau der Preise keinerlei Rücksicht für einen auch nur annähernden Ausgleich der Kaufkraftminderungen zu erblicken ist. Insbesondere müssen die Ausnahmestimmungen gegen die Arbeiter des Rohlen- und Kalibergbaues und der in öffentlichen Betrieben und Körperschaften beschäftigten Arbeitnehmer entschieden bekämpft werden. Daß zu der allgemeinen Lohnenkung auch noch eine starke Einschränkung der Leistungen der Sozialversicherung hinzutritt, zeigt, daß die schwersten Opfer wiederum der Arbeiterschaft aufgebürdet werden. — Niemand kann ein größeres Interesse an wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands, an politischer Beruhigung und an der Er-

haltung eines geordneten Staatslebens haben als die Arbeiterschaft. Es sind aber stärkste Zweifel berechtigt, ob die Notverordnung das deutsche Volk diesem Ziele näher führen wird. — Nachdem trotz aller Warnungen vor den sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der in der Notverordnung eingeschlagene Weg gegangen wird, lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung

für die aus der Lohn- und Gehaltsenkung ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preisenkung sich ergebenden Folgen nachdrücklich ab. Jedoch fordert der Bundesauschuss von der Regierung, daß nunmehr alle dem Preisabbau dienenden Maßnahmen nicht weniger rücksichtslos durchgeführt werden als die außerordentlichen Eingriffe in den Lohnstand und in das kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften werden von sich aus alle Anstrengungen machen, auf einen fähbaren Preisabbau hinzuwirken. Weiter verlangt der Bundesauschuss, daß schnellstens

ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt wird zur endlichen Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Behebung der Arbeitslosigkeit. — An die Arbeiterschaft in den Betrieben richtet der Bundesauschuss — unter Hinweis auf die nach dem 30. April 1932 zu erwartende Einschränkung der Verbindlichkeitsverpflichtungen — die Aufforderung zu erhöhter Kampfbereitschaft. Die in Aussicht genommene Forderung des Beschäftigtenmehrs muß zwangsläufig zu einer Preisenkung der Arbeitskräfte führen. Deshalb gilt es, für diese Kampfe schon jetzt zu rufen durch Festigung und Ausbau der Gewerkschaften.“

Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner, Arbeiterportverbände.

Der Ausschußsitzung des ADGB folgte am 16. Dezember im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats eine imposante Kundgebung von Vertretern dieser Körperschaften. Theodor Leipart, der zuerst sprach, gedachte zunächst der ungeheuren Not und der Qualen der 5 Millionen Arbeitslosen. Die in der jüngsten Notverordnung vorgesehenen Maßnahmen sollen die Wirtschaft beleben und die Arbeitslosigkeit verringern. Dies erscheine sehr zweifelhaft. Auch diese Notverordnung werde die Kaufkraft der breiten Massen weiter einengen. Bis zur letzten Stunde haben sich Partei und Gewerkschaften gegen einschneidende Bestimmungen in dieser Verordnung gewehrt. Schließlich sei es noch gelungen, einen Einfluß auf die letzten Entscheidungen der Regierung auszuüben. Der Kampfgeist der Reaktion gegen den „Marxismus“ gelte in erster Linie den Gewerkschaften. An allen wirtschaftlichen Unbilden sollen die Gewerkschaften schuld sein, natürlich auch an der Weltwirtschaftskrise. Nach Lujjo Brentano werde der Lohn nicht aus dem Profit des Kapitals, sondern aus dem Verkaufserlös der Produkte bezahlt. Es kommt also auf den Konsum und auf die Kaufkraft an. Unter allen Umständen müsse der Lohnsenkung die Preisenkung vorangehen. Ob dies aber gelingen werde, sei sehr zweifelhaft. Das „Sofortprogramm“ der Unternehmer habe die Regierung abgelehnt. Kein Zweifel bestesse mehr darüber, daß das Fundament des Kapitalismus brüchig geworden ist. Die Unzuverlässigkeit und Unfähigkeit der Kapitalisten wird von immer weiteren Kreisen erkannt. Gemiß enthalte diese Notverordnung manden erfreulichen Eingriff in die Alleinhegemonie des Kapitalismus, sie enthält auch manches für die Arbeiter Günstige, jedoch das Ungünstige überwiege. Man könne nunmehr zwar statt einer Befestigung der Tarifverträge auf der ganzen Linie Tarifsenkung

auf der ganzen Linie Tarifsenkung, aber das sei ein schlechter Trost, denn diese Löhne würden sich auf dem Niveau der Notverordnung bewegen. Mit den Reparationen müsse Schluß gemacht werden. Durch die bisherigen Leistungen Deutschlands seien die Kriegsverwüstungen längst wieder gutgemacht. Die

drohende schiffische Diktatur müssen die Arbeiter nach wie vor mit aller Kraft bekämpfen. Unsere Bewegung ist groß und stark. Es wäre jedoch vermessend, zu glauben, beim Aufstieg der Arbeiterklasse seien alle Niederlagen zu vermeiden. Aber trotz bitterer Not lassen wir unseren Glauben an die Zukunft nicht sinken. Unsere Organisationen müssen stark bleiben, dann werden wir nach vorübergehendem Druck und Zwang den Weg zum Fortschritt und zur Freiheit finden!

Der Hauptredner in dieser Kundgebung war Rudolf Breitscheid. Auch er zeigte in eingehender Weise die Schäden der neuen Notverordnung für die Werktätigen auf. Die Arbeiter sollten aber nicht vergessen, welche großen Fortschritte für sie seit 1918 dennoch erreicht worden sind. Wenn wir in diesem Rechnungsjahr mindestens zwei Milliarden Mark für die Arbeitslosenunterstützung aufwenden, so zeigt diese Zahl auch, was in der demokratischen Republik für die arbeitenden Massen erreicht wurde. Es sei ein Trugschluß, wenn man glaubt, durch Lohnabbau auf dem Weltmarkt besser konkurrieren zu können. Die anderen Staaten antworten mit Schutzzöllen, Lohnabbau und Inflation. Was die Notverordnung der Arbeiterschaft an Erleichterungen bringe, werde die Lohnsenkung nicht ausgleichen. Vor allem sei die Schutzpolitik in andere Bahnen zu lenken. Es sei kein gelundes Verhältnis, wenn in Berlin die Tonne Weizen 212 M, auf dem Weltmarkt jedoch nur 89,50 M, die Tonne Roggen 191 M, auf dem Weltmarkt 80,80 M, die Gerste 149 M, auf dem Weltmarkt 85 M, der Hafer 136 M, auf dem Weltmarkt 69 M, der Mais 155 M, auf dem Weltmarkt 60 M koste. In Magdeburg koste deutscher Zucker ohne Steuer der Zentner 20,20 M, tschechoslowakischer Zucker in Hamburg der Zentner 5,70 M. Eine

Preisenkung gerade der landwirtschaftlichen Produkte

wäre unbedingt notwendig. Die zwangsweise Zinsherabsetzung werde bei Neubauwohnungen in vielen Fällen keine Mietsberleicherung bringen. Zu beachten sei, daß die Notverordnung das Prinzip von der Heiligkeit privater Verträge endgültig durchbrochen habe. Dieser formalsozialistische Charakter der Verordnung dürfe allerdings nicht mit wirklich sozialistischen Maßnahmen verwechselt werden. Für die Erwerbslosen bringe diese Verordnung keine Verschlechterungen, eher durch Mietenenkung und Preisenkung eine Besserung für gewisse Klassen der Arbeitslosen. Im Volksterrat des Reichstages haben die sozialdemokratischen Vertreter gegen die alsbaldige Einberufung des Reichstages gestimmt. Die Sozialdemokratische Partei wolle die bisherige politische Linie auch nach dieser Verordnung zunächst beibehalten. Unter normalen Verhältnissen würde die Sozialdemokratie den meisten Bestimmungen der Verordnung die Zustimmung versagen. Die Verhältnisse seien aber nicht normal. Im Interesse des Parlamentarismus und der Demokratie müsse zu Notverordnungen gegriffen werden. Schuld daran trägt nicht die Sozialdemokratie, sondern der Umstand, daß seit dem 14. September 1930 rechts und links im Reichstag große Parteien sitzen, die den Parlamentarismus grundsätzlich verneinen und bekämpfen. Dieser Umstand hat die Regierung auf den Weg der Notverordnungen gedrängt. Was geschähe nun, wenn sich im Reichstag

eine Mehrheit zur Aufhebung der Notverordnung fände? Dann wäre der Rücktritt der Regierung möglich. Aber zurzeit sei keine Regierung denkbar, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehe

und den Auffassungen der Sozialdemokratie über die Möglichkeit, die Wirtschaftskrise abzumildern, entsprechen würde. Es käme eine Rechtsregierung, von der ganz bestimmte bessere Maßnahmen für das arbeitende Volk nicht zu erwarten wären. Würde durch Abstimmung im Reichstag die Notverordnung aufgehoben, so wäre auch denkbar die Auflösung des Reichstags. Dann würde genau wie im Juli 1930 die Notverordnung sofort wieder er scheinen, sie bliebe während des Wahlkampfes in Kraft. Glaubt ein Mensch, daß in dem neu zu wählenden Reichstage etwas Besseres und Günstigeres für die Arbeiterschaft herauskommen würde? Mit Neuwahlen würde

nur dem Faschismus

die Bahn frei gemacht. Und was dann mit der klassenbewußten Arbeiterschaft geschähe, das beweisen die Dokumente von Bogheim. Wir haben keine Ursache, mutlos in die Zukunft zu blicken. Die Politik der Sozialdemokratie hat der Arbeiterklasse allerdings Opfer auferlegt, aber vieles von dem, was sonst zerstört worden wäre, ist erhalten geblieben. Man vergleiche nur die Leistungen der Sozialversicherung in den Jahren 1913 und 1930, um den Fortschritt zu erkennen. Das beachten heute viele Arbeiter nicht. Sie sollten sich aber hüten, das seit 1918 Erreichte zu unterschätzen. Die Faschisten arbeiten heute mit Gewalt, Einschüchterung und Terror. Den Reichsbannerkameraden sei zu danken, daß sie den Abwehrkampf dagegen entschieden aufgenommen haben. Die Reichsregierung aber habe die Pflicht, endlich von Worten zu Taten überzugehen. Sie hat die Pflicht, dem Treiben der Hakenkreuzbanden mit allen Mitteln der Staatsmacht entgegenzutreten. Dann werde auch die Arbeiterklasse manche Bewußtseins leichter ertragen, als dies heute der Fall ist!

In einem Schlusswort knüpfte sich der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, noch besonders die Faschisten vor. Diese Feinde der Republik wollen für das arbeitende Volk die Geißel des Frontdogtes und die Kette des Sklaven. Die Hakenkreuzler sind die Söldlinge der Feudalen, der Schwerindustriellen und Pfefferfäcke, sie stehen im Golde der ärgersten Arbeiterklasse. Dagegen schmieden wir die eiserne Front.

Je stärker die Drohungen unserer Gegner, um so fester werden wir zusammenstehen. Hitler und seine Horden haben Deutschland auf das Niveau Mazedoniens gebracht. Wir werden uns wehren, wenn wir angegriffen werden. Aber nicht nur die klassenbewußten Arbeiter, auch die zuständigen Reichsstellen müssen den Kampf gegen diese Verfassungsfeinde führen. Alle Republikaner mögen sich vereinigen zur Verteidigung der demokratischen Republik gegen ihre haßerfüllten, blutdürstigen Feinde! — Die nachstehende Entschlüsselung wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen:

Die Vertreter sämtlicher im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem VDA-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund zusammengeschlossenen Verbände,

zu denen sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem ganzen Reich, ebenso wie die der Arbeiter-Sportorganisationen gesellen, erklären unter der Teilnahme von Vertretern der überparteilichen Schutzorganisationen der Deutschen Republik, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold:

„Unbeschadet unserer ablehnenden Stellungnahme zu der neuen Notverordnung geloben wir, den

Kampf gegen den Faschismus

mit gesteigerter Aktivität fortzuführen. Wir werden unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen: Auf dem Boden des gesetzlichen Rechtes, solange sie sich selbst legal betätigen, andernfalls mit anderen Mitteln, werden wir die republikanische Verfassung.

Die sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse und den europäischen Frieden verteidigen. Infolge der parlamentarischen Machtverhältnisse, für die nicht wir, sondern weite Teile der Wählerschaft die Verantwortung tragen, haben wir zur Zeit keine praktische Möglichkeit, die in Kraft getretene Notverordnung sofort aufzuheben. Sie ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Kräfteverteilung im Reichstag. Die Überwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse. Danach richten wir unser Verhalten im Parlament und im Lande ein.“

Unser Schlusswort.

Die Organe der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei haben gesprochen. Die Partei lehnt es ab, im Reichstag für die Aufhebung der neuen Notverordnung einzutreten. Wir würdigen die Gründe. Der werksäftigen Bevölkerung Deutschlands wäre in keiner Weise geholfen, wenn sich die Sozialdemokratie anders einfallen würde. Reichstagsneuwahlen brächten rund 200 Nationalsozialisten und 100 Kommunisten in den Reichstag. Der Reichstag hätte dann eine Mehrheit von Nationalsozialisten und Kommunisten. Diese merkwürdige Mehrheit, die Gegner der Demokratie und der Republik wäre, wäre für jede ersprießliche Tätigkeit unbrauchbar, sie könnte unmöglich Deutschland aus der Sackgasse führen. Das Zurückgehen des Auslandes zu Deutschland säne auf den Nullpunkt, die inneren Zustände in Deutschland würden für die Arbeiterschaft geradezu verhängnisvoll. Im politischen Horizont stände dann eine Faschistenregierung, gestützt durch die ältesten industriellen und agrarischen Scharfmacher Deutschlands. Die Arbeiterschaft würde dann maßlos geknechtet. Und nie und nimmer käme eine bessere Notverordnung heraus als die gegenwärtige. Deshalb verstehen wir den Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Aber nun verlangen wir von der Reichsregierung auch Gegenstände! Der Reichskanzler schrieb unterm 12. Dezember an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, einen Brief, worin er mitteilte, er sei gleich Wels durchaus davon durchdrungen, daß eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung durch die neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen

von den verhängnisvollsten Folgen

sein würde. Die Reichsregierung habe sich erst, nachdem durch Maßnahmen der verschiedensten Art ein wesentliches Abgleiten sämtlicher Preise sicher-

gestellt war, zu einem erneuten Eingriff in Löhne und Gehälter entschlossen. Wirklich heißt es in dem Schreiben des Kanzlers: „Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehbare Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre

eine neue Lage

entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern

nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise

aufrechterhalten bleiben kann.“

Diese schriftliche Mitteilung des Reichskanzlers darf nicht wertloses Papier bleiben. Die Preislenkung muß Hand und Fuß haben. Außerdem wird es eine zwingende Aufgabe aller Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen — auch unsere arbeitslosen Kollegen sollten sich in diese Front stellen — sein, mit allem Nachdruck auf die tatsächliche Durchführung der Preislenkung zu wirken. Wird dies dennoch nicht erreicht, so werden wir den Reichskanzler nachdrücklich an dieses schriftliche Versprechen erinnern. Dann entsteht für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei eine völlig neue Lage. Und diese neue Lage wird zwingend neue Entschlüsse nach sich ziehen müssen!

Ganz wie bei uns!

Auch in Frankreich hat nunmehr das Baugewerbe seine Krise. Dies ergab sich aus der Belpredung am 6. Dezember 1931 in Paris, wo das „Nationale Komitee der französischen Bauarbeiter-Gewerkschaft“ das Thema „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in Frankreich“ besprach. In einer Entschlüsselung wurde festgestellt, daß die Verschärfung der Arbeitslosigkeit und die Rückwirkungen der Krise auf Lebensbedingungen, Einkommen und Beschäftigung in besonders starkem Maße die Bauarbeiterchaft betroffen hat. Alles möglich versucht werden, um die wirtschaftliche Krise zu heilen. Entschlossen müssen sich alle Arbeiter um die Organisation von Produktion und Güterausstoß bemühen. Die Rohstoffe müssen nach den Bedürfnissen des Verbrauchs, ebenso die Arbeit selbst durch vernünftige systematische Organisation verteilt werden. Außerdem müsse das vom französischen Wirtschaftsrat vorgeschlagene „Nationale Arbeitsprogramm“ in wesentlich größerem Umfang in Angriff genommen werden als es von der französischen Kammer genehmigt wurde. Vor allem im Baugewerbe, in der Bauhilfsindustrie und bei öffentlichen Arbeiten müssen in schnell wie möglich geeignete Maßnahmen zur Hebung der Lage ergriffen werden. Außerdem müsse der mittlere Deutschland und Frankreich bestehende Zug zum Aufschwüngen und dem Geist der Verdinglichung Platz machen. Gegen die Welle des Nationalismus, die von der faschistischen Presse lebhaft genährt wird, müsse ein fester Wall aufgerichtet werden.

Interessant ist, was das „Nationale Komitee“ verlangt zwecks schneller Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Es fordert die sofortige Aufnahme von Straßenbauarbeiten an den Hauptverkehrsstraßen und

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 30. November 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Bundesangehörige	Mitglieder im Bauernhilfsbund	Arbeitslos																				vom Hundert der Mitglieder													
			Männer	Frauen- u. Kinder	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige															
Königsberg	7	14538	4901	5	182	55	113	119	152	8	6	251	—	—	19	26	11	—	86	11	—	8	8900	17	1235	21	—	16	14	456	8	15000	79,1	79,7		
Danzig	1	3549	1060	—	14	8	5	65	24	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3800	15	630	—	—	—	—	—	2471	80,9	68,5			
Stettin	61	14693	6499	—	76	45	68	193	163	17	22	234	—	—	34	25	16	—	—	—	—	—	2723	1	930	—	—	6	2	364	5	11448	77,9	73,6		
Breslau	41	36897	13167	—	39	419	204	71	329	139	47	200	543	140	191	222	67	46	8	46	—	—	8846	45	1511	—	—	2	3	1571	58	27914	75,7	70,7		
Berlin	60	49328	19744	—	72	276	372	513	567	188	364	207	989	18	171	364	186	65	29	589	—	—	11871	—	1318	—	—	3	42	1074	23	40063	81,2	78,8		
Magdeburg	42	26772	12148	—	50	132	32	27	412	56	111	47	189	150	—	36	49	83	—	13	—	—	3739	2	786	—	—	—	—	745	—	18762	70,1	69,2		
Erfurt	34	18392	9862	—	78	150	67	22	201	128	197	13	111	2	20	33	36	2	30	4	—	—	3718	—	251	—	—	14	4	3	847	3	15791	85,9	85,5	
Frankfurt	17	30376	12235	—	71	169	222	267	526	93	94	1	24	—	2	—	—	—	—	—	—	—	4343	159	731	3	—	2	3	298	—	13706	86,0	85,2		
Köln	12	15938	4447	—	59	153	287	358	501	1521	70	—	29	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4920	254	1074	7	10	7	1	4	498	—	18602	85,5	84,3	
Dortmund	13	15903	5428	—	89	140	157	216	437	613	3	20	10	—	—	1	291	199	10	46	64	4	9	4020	159	734	7	10	7	1	4	498	—	18602	85,5	84,3
Hannover	39	27122	12356	—	31	179	78	64	523	161	56	7	62	—	5	104	6	69	54	18	92	57	162	4660	—	887	4	—	3	1	10	1	20556	75,8	75,2	
Bremen	31	13705	5128	—	11	136	57	276	230	94	25	—	4	—	—	3	50	50	5	4	110	—	3575	1	1278	—	—	6	6	21	10	1	1246	82,1	79,6	
Hamburg	45	29093	10100	—	74	123	280	275	271	581	242	12	263	1	—	2	207	121	44	126	36	91	5556	1	2468	57	—	2	24	304	—	21301	73,2	70,2		
Rostock	60	8193	3313	—	7	47	—	—	152	6	7	16	55	—	4	6	10	—	1	5	—	—	1878	—	452	—	—	—	10	10	—	6226	76,0	69,6		
Dresden	31	58698	23810	—	59	529	353	148	777	317	528	433	681	26	1	85	139	108	91	21	123	—	15564	2	1053	—	—	3	6	24	1605	10	46503	79,2	77,1	
München	29	15806	5100	—	78	66	42	46	156	176	23	185	27	—	—	3	37	73	23	7	7	—	4889	3	263	40	—	5	7	1	1370	—	12231	79,7	76,0	
München	27	11188	3747	—	9	79	49	51	79	154	35	4	90	2	5	3	77	23	10	2	25	3	4170	12	354	151	8	1	2	194	—	9350	83,6	80,1		
Stuttgart	14	8325	2275	—	20	20	117	33	32	1290	94	25	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	1791	9	601	—	—	—	—	—	153	—	6634	79,7	75,6	
Karlsruhe	10	14074	5506	—	72	137	150	100	46	1040	51	25	13	1	66	—	108	59	4	23	9	—	2815	206	439	35	8	4	—	307	—	11232	79,8	80,1		
Zusammen	574	412590	160826	—	839	3027	2575	2653	5621	19286	1878	1293	3587	351	399	647	2174	1190	350	926	1045	124	88	96596	1008	17832	405	48	79	139	11145	108	326230	79,0	77	
Sonstige Wände	574	412590	160826	—	839	3027	2575	2653	5621	19286	1878	1293	3587	351	399	647	2174	1190	350	926	1045	124	88	96596	1008	17832	405	48	79	139	11145	108	326230	79,0	77	

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Gegenüber dem vorhergehenden Berichtsmontat haben wir im Reichsdurchschnitt eine Zunahme von 71,21 % auf 79,07 %. Am 1. Dezember 1930 betrug der Reichsdurchschnitt 52,18 %. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres haben wir also noch eine um 26,89 % höhere Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit liegt in den Bezirksverbänden Königsberg von 68,9 auf 79,1 %, Berlin von 62,1 auf 77,9 %, Breslau von 64,5 auf 75,7 %, Stuttgart von 62,1 auf 77,9 %, Stuttgart von 64,4 auf 70,1 %, Erfurt von 79,8 auf 85,9 %, Frankfurt von 81,4

auf 83,3 %, Köln von 62,7 auf 86 %, Dortmund von 82,7 auf 85,5 %, Hannover von 68,3 auf 75,8 %, Bremen von 77,2 auf 82,1 %, Hamburg von 66,6 auf 79,2 %, Rostock von 56,4 auf 76 %, Dresden von 72 auf 79,2 %, Nürnberg von 68,3 auf 74,4 %, München von 77,7 auf 83,6 %, Stuttgart von 74,9 auf 79,7 %, Karlsruhe von 75 auf 79,8 % und Danzig von 57,9 auf 80,9 %. Ueber dem Reichsdurchschnitt

stehen die Bezirksverbände Berlin, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Bremen, Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe und Danzig; unter ihm liegen die Bezirksverbände Stettin, Breslau, Magdeburg, Hannover, Hamburg, Rostock und Nürnberg. Die Spanne zwischen der höchsten und der niedrigsten Arbeitslosenquote beträgt 15,9 %. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 83,9 % (Dortmund 77,6 %), bei den Bauhilfsarbeitern 83 % (75,9), bei den Tiefbauarbeitern 75 % (64,3) arbeitslos.

Lebt das „Baugewerk“!



Unterhaltung und Wissen



Weihnachten?

Dürfen wir Weihnachten feiern? Dürfen wir das Fest der Liebe feiern in dieser Zeit furchtbarster Not? Kann ein fühlender Mensch das Fest des Kindes feiern in dieser Zeit, die Millionen von Kindern kaum das dürftigste Recht am Dasein gibt? Kann ein ethischer Mensch in Ruhe den Frieden der Weihnacht feiern in dieser Zeit, die vor Unfrieden starrt, in der die verirrte Menschheit gar einen neuen Krieg wolle, in der die Nordsee die wahren Organe feiert?

Noch nie haben wir mit solcher Zerissenheit einer weihnachtlich suchenden Seele gefestigt. Und doch möchten wir feiern. Denn gerade in solcher Zeit des ewigen inneren Aufstrebens haben wir alle ein Bedürfnis nach Befriedigung auf uns selbst.

So kann es doch nimmer weitergehen! Einmal muß doch ein Ende dieses Wahnsinns sein! Wir haben sonst kaum Zeit, diesen Gedanken zu fassen. Schon jetzt jagt ein Erlebnis, eine Sorge, eine soziale Gefahr uns wieder in den Alltag hinein. Und doch: so kann es nicht weitergehen! Der Weltstand ist endlich erreicht! Kollegen, Kameraden, Volksgenossen, o r w ä r t s !

Vorwärts! Das ist der Weihnachtsgehalt dieses schimmlichen Jahres der Not. Vorwärts! Jetzt endlich vorwärts. Das ist kein künstlich geschaffener Sinn für das Weihnachtsfest. Das ist der Ur Sinn. Das ist das ureigene Wesen der Weihnachtzeit. Das Leben steht nun an zum Aufstieg überall draußen.

Dezember ist Stillstand in der Natur. Auch schon Ende November. Dann haben sich all die Kräfte für den Frühling neu gebildet. Dann hat Mutter Natur aus ihrem Schöße heraus alles vorbereitet für das Leben des neuen Jahres. Dann kommt ein Stillstand. Dann kommt Ruhe. Feierliche Ruhe. Und dann, wenn wir Weihnachten feiern, regt sich langsam alles wieder neu.

Es ist erwiesen, daß das Leben, das sich da draußen vorbereitet hat, in der Ruhe auch künstlich nicht zum Spreizen zu bringen ist. Doch dann, wenn wir Weihnachten feiern, dann ist alles von innen heraus bereit. Dann drängt es. Dann will es. Dann genügt oft der kleinste Anstoß, um das Leben, das wartende Leben, herauszutreiben in die Freiheit des Lichts.

Weihnachten ist das Symbol des steigenden Lebens, des Sieges der Idee.

Vorbereitet ist auch sie in uns allen. In Ehrfurcht stehen wir vor diesem Werden. Ihnend erleben wir das Große des Morgens in uns.

Es soll jetzt werden! Preßt es aus euch allen heraus, das da in euch drängt! Schreit es hinein in die Massen! Ohne Ruhel ohne Zweifel! Immer und immer! Laßt eure Herzen schwellen! Laßt euren Glauben stetigwachsend steigen aus den Herzen heraus in den Tag!

In euch ruht der Keim des wolkenden Frühlings. Erlebt ihn in euch! Seid euch bewußt, daß in euch schimmern der Größe des Gedankens! Und kündet ihn! Kündet ihn aller Welt!

Werbt! Laßt glauben! Redet euch! Seid stark! In Stolzkräften vorwärts! Die Welt hat Weihnacht!

Mahnruf: Seid einig!

Der Würger Winter zieht durchs Land,
Der Arbeitslosen packt ein Grausen,
Vom Werksprozeß ist er verbannt
und muß in kalter Wohnung hausen.
Er möchte gerne tätig sein,
doch Arbeit kann er nicht bekommen,
Bei jeder Nachfrag' heißt es: — Nein!
So wird die Hoffnung ihm genommen!
Die Fern'ung fehlt, es fehlt das Kleid,
die starren Glieder zu erwärmen,
Er sucht nach Arbeit weit und breit
(zu Haus sich Frau und Kinder härmten),
Kommt heim des Abends müd und matt,
das Wohlhaltsgeld, es will nicht reichen,
Er sinkt auf seine Lagerstatt —
das Elend zieht durchs Haus er schleichen ...

Dem satten Protzen stört das nicht;
er schwelgt in Wollust und Entzücken.
Auf Braten, Wein ist er erpicht,
muß fast im eignen Fett erstickten.
Und hat die Mahlzeit er verdaut,
dann grübelt er auf höh'ren Spesen,
Der Lohn wird wieder abgehaut,
damit die Wirtschaft kann genesen!
Er steckt stets die Profite ein,
die ihm erwerben die Proleten,
Diktirt brutal: So soll es sein!
Dem Volk das Schulten, mir Moneten!
Er keißt: Das viele Stündengeld,
das Stempelbrüder wird gegeben,
Ist viel zu hoch — wird umgestellt!
O kummervolles Protzenleben!

Ein Mittel gibt's, das beide Teile
für immer kann zufriedenstellen:
Der Kranke nimmt zu seinem Heile
die Stempelkarte des Gesellen;
Sackt ein das viele Stempelgeld,
lehrt herrlich damit und in Freuden —
Prolet, an Protzens Platz gestellt,
genießt inzwischen dessen Leiden!

Nun die Moral von der Geschichte:
Den schlimmen Zustand bald zu ändern,
Vereinigt euch! Tu deine Pflicht,
du Arbeitsvolk in allen Ländern!
Bekämpft Zersplitterung und Streit!
Schließt euch zusammen, Arbeitsbrüder!
Noch ist es Zeit, durch Einigkeit
ringt ihr den Kapitalismus nieder!
Ein erwerbloser Kollege

Nebenwegen, die Inangriffnahme sofortiger Reparaturen an älteren Gebäuden, den Neubau von Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden. Diese Arbeiten könnten sogar einer sehr großen Zahl fremder Arbeitskräfte, die zurzeit feiern müssen, Beschäftigung geben. Ferner soll die „caisse des depots et consignations“ (ein öffentliches Bankinstitut), sofort umfangreiche Kredite für die gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaften bereitstellen, um geplante und von den Behörden genehmigte Projekte in größerer Anzahl sofort durchführen zu können. Der Präfekt von Paris und des Seine-Departements soll von seinen Verfügungen Gebrauch machen und sofort die Vornahme von Ausbesserungsarbeiten an Dächern und Fassaden von Privathäusern und öffentlichen Gebäuden anordnen. Außerdem könnten eine beträchtliche Anzahl von Facharbeitern beschäftigt werden. Außerdem werden die Einkommen und die öffentlichen Behörden ersucht, in ihren Einkäufen auch die Eisen- und Stahlmengenarbeiten sowie die Zimmerer- und Schreinerarbeiten angemessen zu berücksichtigen, sonst könnte es so kommen, daß diese jahrhundertalten Berufe aussterben müßten.

Verlangt wurde ferner die Einführung der Wertzugstufenmethode, die Verlängerung der Schulzeit, die Herabsetzung der Altersgrenze für die Invalidenversicherung und die Einführung bezahlter Urlaubszeiten. Alles Dinge, die auch in Deutschland auf der Tagesordnung stehen. Sonst noch auf dieser Konferenz gefaßte Beschlüsse befaßten sich mit dem Ausbau der Bauarbeiterorganisation und der Einführung von Unternehmenseinrichtungen. Wenn dies geschieht, dürfte der Bauarbeiterbewegung in Frankreich ein guter Antriebs verliehen werden. Wir wünschen der französischen Bauarbeiterorganisation in ihrem Vorhaben gute Erfolge. Wir hoffen auch, daß die in dieser Konferenz aufgestellten wirtschaftlichen Forderungen in Deutschland ein reiches Land, es dürfte es schwerer und besser fertig bekommen, durch stärkere Inangriffnahme der Bauwirtschaft die Arbeitslosigkeit in Frankreich, wenn nicht gänzlich zu beheben, so doch bedeutend abzumildern.

Die Hege gegen die Sozialversicherung.

Die deutsche Sozialversicherung ist in finanziellen Schwierigkeiten. Diese bedauerliche Tatsache dient der Unternehmensexpresse als willkommenen Anlaß zur hemmungslosen Kritik. Wegen Kritik an sich ist nicht zu sagen; aber es darf dabei nicht der Waden der Sachlichkeit verlassen werden. Zahlreiche Veröffentlichungen der Unternehmensexpresse waren nicht mehr die Sachlichkeit. Dies trifft auch zu auf eine Aufsatzreihe in der „Deutschen Tageszeitung“. Sie stammt aus der Feder des Ing. W. Stenzel-Samburg. Aus Raumangelegenheiten wird auf seine Artikel nicht so eingehen wie es wünschenswert ist. Doch sei einiges richtiggestellt. Die im ersten Aufsatz des Herrn Stenzel ver-

öffentlichten Zahlen sind zwar richtig, doch hat er für das Jahr 1930 gefälschte Zahlen eingelegt, trotzdem die Rechnungsergebnisse des betreffenden Jahres bereits vorliegen. In dem zweiten Aufsatz wird zu beweisensuchend, daß die Sozialversicherung ganz andere Wege gegangen ist, als sie die Kaiserliche Reichsversicherung vom Jahre 1881 wollte. Wenn man in der „Deutschen Tageszeitung“ nicht begreifen hat, daß die technische und wirtschaftliche Entwicklung seit 1881 der Sozialversicherung zwangsläufig andere Bahnen gewiesen hat, dann ist ihr nicht zu helfen. Der dritte Aufsatz enthält eine Zusammenstellung aller Aufwendungen der verschiedenen Unternehmenseinrichtungen und Herr Stenzel kommt zu dem Schluß, daß 20 % des deutschen Volks Rentenempfänger seien. Mit einem Blick nach dem Ausland ermarktet Herr Stenzel, daß andere Staaten an dieser „großartigen fürstlichen Anstalt“ nehmen. — So sind nun einmal unsere Reaktionsäre! Wenn es gilt um Schäden der Arbeiterkraft etwas zu unternehmen, vertragen sie ausländische Einmischung ohne Hemmungen und sehr gern. Die Art der Zahlenzusammenstellung und die Schätzungen sind überdies so willkürlich, daß man den Eindruck nicht los wird, der Verfasser habe alles aufgegeben, lediglich um eine möglichst hohe Prozentzahl von Rentenempfängern „festzustellen“; gleichviel um welchen Preis.

Wir können uns auf einige Feststellungen beschränken. Die 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland wollen keine Unternehmung sondern Arbeit. Die Tatsache, daß die privatkapitalistische Wirtschaft diese Arbeit nicht geben kann, ist die eigene schwere Schuld der „Wirtschaft“. Plan- und oft sinnlos hat der Privatkapitalismus in guten Zeiten gemiraculiert. Würde allen Arbeit gegeben, so wären die Millionen Erwerbslose, die heute von der Sozialversicherung betreut werden, sehr bald aus den Reihen der „Rentenempfänger“ ausgeschieden und den Reissen der Wirtschaftsträger würden reichlich Mittel zufließen, mit denen sie ihre Aufgaben glatt erfüllen könnten.

Zur Invalidenversicherung stellt der Verfasser fest, daß der Kapitalbedarfsstock der Versicherungsnehmer durch die Inflation verlorengegangen sei. Sind denn die Invalidenversicherung und die Krankenversicherung nicht ebenso benachteiligt worden? Und nicht die Arbeiter waren es, die der Inflation den Weg gebahnt haben. Die Behauptung, daß das Reich für die Invalidenversicherung nie einen Pfennig aufgewendet hätte, trifft nicht zu. Solange die Unfallversicherung besteht, sind sowohl der Unfall- als auch der

Bundeskalendar 1932

Preis 50 Pfennig, zu beziehen durch den Bundesvorstand
Jedes Bundesmitglied sollte diesen Kalender immer bei sich führen.

Der kriegsbegeisterte Hermann Bahr.

Der Dichter und Denker mit dem wallenden Leibe-Gott-Bart aus München gebildet sich in seinem „Lagebuch“ vom 20. November 1931 im „Neuen Wiener Journal“ sehr kriegerisch. Anlaß zu dieser Kriegsbegeisterung gibt ihm ein Herr Rudolf p. Cichthal mit seinem Buch „Novellen aus der alten Armee“. „Ein Erzähler von solcher anfasslichen Kraft wird bald von allen Verlegern häßlich umworben sein“ behauptet der alte Herr mit dem Propfenbart.

Der Held dieser Novellen — ein Krieger der Pilschersprache — wie Bahr sagt — spricht zu seinem Hauptmann: „Herr Hauptmann, mein g'buram, i mag, dar Herr Hauptmann halt' auf mi, aber bis is was für'n Hecht, da bleibst er net z'haus“, Herr Hauptmann, bist' g'buramst, schickst S' mit 3 jag'n Kaufel'n Schwaaf aufg'a.“ Und anschließend an diese Pilschersprache wendet Bahr

folgt: „Hört man diesen Lauten nicht rhytmisches Behagen an, das sich getroffen mit der Ohlysee messen kann? Und wenn einer der Helben dieser Erzählung verstorbt: „Mileid's nit da bluten, i muß dabel sein, wann's wo raufen“, da kloppf mit beim Lesen mein altes Herz vor Freude, so sind wir Oberführer, so waren wir immer, so wollen wir alle Zeiten bleiben. Im Haupteriel mit im Mühlviertel wurzelt die Kraft Wälfersche.“

Ueber einen fernmentalen Wälferscher zum alten Kaiser, der „Leutsehl“ sein, aber auch die Geduld verlieren kommt: „Das ist keine Kompagnie, Herr Hauptmann, das ist ein Saubauern“, kommt Herr Bahr mit seinem klopfenden alten Herzen zum Schluß:

„Erstschöpf durch den Krieg ließ sich ein entartetes Geschlecht die Parole „Nie wieder Krieg!“ aufschwafeln. Doch der Chor der Feiglinge verfluchte bald wieder, erstickend in der allgemeinen Verachtung, „Immer wieder Krieg!“ lehrt uns die Weltgeschichte, schon seit der Jitas und der Ohlysee. Die Pausen zwischen den Kriegen haben nur den Sinn, den Sieg im nächsten zu liefern.“

Wie stellt sich nun der weiße Pilschop, der uns so verführerische Zukunftsmit dem besten, einen Krieg vor? „Weiber, Wein und fröhliche Wälfen, war die Parole.“ Schade, daß der große Wälferscher den Glückseligkeit der Zukunft nicht mehr wird erleben können. Von wegen „Weiber, Wein und fröhliche Wälfen“ ...

Tronie.
„Hier, lieber Mann, haben Sie zwei Pfennig! Wer legen Sie das Geld nicht wieder in den abgehauten Fasel an!“
„Rein, gnädige Frau! Ich werde mir eine Pülle Sekt dafür kaufen!“
*
Eigenez.
Eine ärmliche Frau saß beim Arzt.
Der Mann arbeitslos, drei Kinder hatten sie schon, ob der Herr Doktor nicht so gut sein möchte und das vierte ... der Herr Doktor verstand schon.
Der Herr Doktor verstand.
Über die Frau war gelüdet. Und die soziale Inflation war nicht gegeben.
Und zu der Ärmlichen gehörte er auch nicht.
So sagte er abschließend zu der Frau:
„Es geht nicht, liebe Frau. Ich darf kein Leben küssen. Ich bin kein General.“
(am.)

Invalidenversicherung die Postgebühren für die Rentenauszahlungen vom Reiche gezahlt werden. Das sollte der „Deutschen Tageszeitung“ auch bekannt sein. — Der Ausbau der kleinen Unfallrenten ist ein großes Unrecht. Das Unfallversicherungsgesetz sollte die Einzelhaftung des Unternehmers bei Arbeitsunfällen ab und schuf dafür die Gemeinshafthaftung der Berufsgenossen. Gleichzeitig nahm man dem Arbeiter das Recht der Klage auf Schadenersatz gegen seinen Unternehmer. (§ 886 RVO.) Zunehmend nimmt man dem Arbeiter die Rente bis zu 20 % der Vorkrente, ohne ihm sein Klagerrecht wiederzugeben. Jeder hat das Recht, bei Schäden, die ihm ein anderer zufügt, klagen vorzugehen, nur nicht der Arbeiter, wenn es sich um Fahrlässigkeit eines Unternehmers handelt.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind die Arbeiten des Unternehmers Egnauer, Niederbühlau (Stedek), Bauweise Gustaf Wilschafsch bei Reinfeld wegen unersetzlichen Lohnabbaues.

Töpfer: Gesperrt sind: In Ermitzhausen die Firma Seizinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zsch die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hönicke und Böhme.

Das Urteil ist gesprochen

Millionen von genossenschaftlichen Rauchern haben sich endgültig für die edlen

GEG-ZIGARETTEN

aus dem KONSUMVEREIN entschieden.

GEG-Smarra zu 2 1/2 Pl.
GEG-Phantasia zu 4 Pl. GEG-Kisil . . . zu 5 Pl.
GEG-Neptun zu 4 Pl. GEG-Gastalde zu 6 Pl.

Das Urteil ist gesprochen

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Königsberg. Zur Wahrung des Scheins einer „Parteiabhandlung“ hatten die ostpreussischen Bauunternehmerverbände zum 16. Dezember die Gewerkschaften zur Lohnverhandlung eingeladen. Um bei den Gewerkschaftsvertretern keine Illusion über die Verhandlungen aufkommen zu lassen, betonte Herr Fielke gleich einmündig, daß es nur eine Besprechung sein sollte. Diese Besprechung ergab, daß die Unternehmer eine v a s i l i g e U m g e s t a l t u n g des bestehenden Lohnvertrages haben wollen. Alles, was irgendwie nach göttlicher Leistung ausfällt, sollte abgebaut werden. „Die Notverordnung gibt uns das Recht, das zu fordern“, war hierbei die einzige „Begründung“ der Unternehmer. Im Vertrauen auf den Schlichter hoben sie dann die „Besprechung“ auf. — Wann hatten die Arbeiter jemals so herrliche Zeiten wie heute die Unternehmer? Die deutsche Arbeiterschaft sollte sich nicht bald zu einheitlichem Handeln aufraffen. Jolle bedarf es nicht des Geschreis der SPD und ihrer KPD, nach der „Einheitsfront“ wie sie diese Leute meinen, sondern der verlässlichen Zusammenarbeit aller proletarischen Organisationen zum Wohle der Arbeiterschaft. In Deutschland ist kein Raum für irgendwelche Diktatur. Jede Diktatur bedeutet für eine freibleiblich eingestellte Arbeiterschaft Knechtung und Entfremdung. Die „Notverordnungen“ brauchen nicht zu sein, wenn das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht durch einen arbeitsfähigen Reichstag und eine parlamentarisch verantwortliche Regierung ausübt. Solange dieser Zustand nicht erreicht ist, werden die Unternehmer von ihren „Schlichtern“ Senkersdienste am Proletariat verlangen. Deutsche Arbeiterschaft, besinne dich!

Politische Zeitnotizen

Sozialdemokratie gegen die notverordnete wirtschaftliche Besetzung der Arbeiterschaft. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion befaßt sich mit der durch den Erlaß der neuen Notverordnung geschaffenen politischen Lage und brachte ihre Auffassung in einer Entschließung zum Ausdruck: „Die Notverordnung vom 8. Dezember ist von einer Regierung erlassen, der kein Sozialdemokrat angehört. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt jede Verantwortung für jene Teile der Verordnung ab, die eine neue Besetzung der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit sich bringen. Sie erhebt gegen die Eingriffe in das Tarifrecht, gegen die Senkung der Löhne, Gehälter und Sozialrenten scharfen Protest. In ihrem Bestreben, die schädlichen Bestimmungen der Notverordnung durch erträgliche zu ersetzen, findet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den Parteien der verantwortungslosen Opposition keine Unterstützung. Sie ist nicht in der Lage, mit ihnen eine Regierung bilden zu können, die die Verordnung vom 8. Dezember durch eine bessere ersetzt. Wenn es geht jener Parteien nicht um den Schutz der Interessen der notleidenden Volksmassen, sondern um die Verfolgung ihrer machtpolitischen Zwecke mit dem Einzige einer Zerstückelung der politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes. Ein Aufhebungsbeschluß des Reichstags kann deshalb eine praktische Wirkung nicht haben. Eine politische Krise im gegenwärtigen Augenblick würde aber nur die Verwirrung steigern, die Verhandlungen mit dem Ausland zum Stocken bringen, die Wirtschaftskrise und mit ihr das Massenelend verschärfen.“ In der Entschließung heißt es dann noch: „Die Notverordnung stellt einen starken Eingriff in alle Privatverträge dar und bedeutet grundsätzlich die Anerkennung, daß Privatrecht hinter das Gemeinwohl zurücktreten muß. Sie bietet selbst den besten Beweis dafür, daß die Krise des kapitalistischen Systems mit Mitteln des Kapitalismus nicht mehr beherrschbar ist. Über ihre Eingriffe entsprechen nicht den Forderungen einer planmäßig zu gestaltenden Produktion. Eine durchgreifende und dauernde Besserung ist nur durch eine völlige Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch den Sozialismus möglich. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb eine Wirtschaftspolitik, die die gemeinwirtschaftlichen Tendenzen fördert und gegen die kapitalistischen Monopole das Interesse der Allgemeinheit rückichtslos durchsetzt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert im Sinne der Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiterinternationale die Vertretung des deutschen Volkes von unerschütterlichen Kräften. Das Streben nach einer entscheidenden Erleichterung der deutschen Auslandsverpflichtungen wird durch das Treiben des Nationalismus, dieses schlimmsten Feindes der deutschen Nation, aufs empfindlichste gefährdet. Die Reichsregierung verliert nach innen und außen jegliche Autorität, wenn es ihr nicht gelingt, diesem Treiben einen festen Damm entgegenzusetzen. Die Arbeiterschaft aber muß alle ihre Kräfte einsetzen, um ihre Organisationen durch die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Krise hindurchzuführen und den Ansturm des Faschismus zurückzuschlagen. Einigkeit und Disziplin, Wachsamkeit und unablässige Arbeit für die Stärkung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist das Gebot der Stunde.“

Die Gewerkschaften beim Kaiser. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften aller Richtungen wurden vom Reichskanzler zu einer Besprechung über die neue Notverordnung eingeladen. Die Gewerkschaften äußerten gegen zahlreiche Bestimmungen der Verordnung starke Bedenken und ersuchten den Reichskanzler um Maßnahmen zur Abhilfe. Der Reichskanzler sagte entsprechende Erwägungen zu.

Allgemeine Rundschau

Lageschritte über die Ausführung des Eisenbesons. Das württembergische Landesgewerbeamt beabsichtigt, bei genügender Beteiligung in Stuttgart und in anderen geeigneten Orten des Landes im Januar/Februar 1932 zwei- bis dreitägige Lageschritte für Bauaufseher, Poliere und Arbeiter über die Ausführung des Eisenbesons zu veranstalten. Der Unterricht wird an den Werktagen vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr erteilt. An den Samstagvormittagen wird nicht unterrichtet. Zugelassen sind den Lehrgängen werden Bauaufseher, Poliere und Arbeiter aus dem Lehrgang. Für die Teilnahme an dem Unterrichtsgeld von 15 M. erhöhen. Im Falle besonderer Bedürftigkeit kann einzelnen Teilnehmern das Unterrichtsgeld ganz oder teilweise erlassen werden. Anmeldungen zu dem Stoffgatter Lehrgang und Anträge auf Abhaltung auswärtiger Lehrgänge sind unter Angabe über die Dauer der gewerblichen Tätigkeit, die im Handwerk abgelegten Prüfungen und den Schulbesuch bis spätestens 8. Januar 1932 an das Sekretariat des Landesgewerbeamts in Stuttgart, Kanzelstraße 19 II, einzureichen. Von diesem können die Anmeldebüchlein bezogen werden.

Disziplin und solidarische Treue. Wenn man die schwierige Wirtschaftslage in Deutschland betrachtet, die andauernde Herabsetzung der Löhne und andere Anlässe, die das Leben verbittern, hinzunimmt, dann muß man sich wundern, daß die Gewerkschaften noch an Mitgliederzahl so stark sind. Es dürfte aber dadurch bewiesen sein, daß in diesen Massenorganisationen der Arbeiterschaft etwas ganz Besonderes verborgen liegt. In Heft 30 der „Sozialen Praxis“ beschreibt Professor Theodor Bauer die gegenwärtige Lage der Gewerkschaften. Dabei bemerkt er folgendes: Man muß bedenken, daß die Gewerkschaften heute in einem furchtbaren Kreuzfeuer stehen. Es wendet sich gegen sie nicht bloß alles das, was der Gewerkschaftler selbst als „soziale Reaktion“ kennzeichnet; auch nicht bloß die in unserem Volk vielfach anzutreffende Abneigung weiser Kreise gegen die Gewerkschaften, die ihren Grund in der vermeintlichen Umpirung vieler öffentlicher Stellen durch die Gewerkschaften oder durch deren „Hintermänner“ hat; dann ferner auch nicht nur die nörgelnde Kritik solcher ehemaligen Gewerkschaftler, die entweder nicht auf ihre Rechnung kamen oder aber bloße Nachläufer waren und als solche ihren aus Bequemlichkeit erfolgenden Abfall meist mit billigen Angriffen auf die „Gewerkschaftsbürokratie“ begründen. Vielmehr sind die Gewerkschaften der Gegenwart stärker bedroht durch die kommunistische Opposition und, letzteres vor allem in den Kreisen der Ange-

arbeiter über die Ausführung des Eisenbesons zu veranstalten: Der Unterricht wird an den Werktagen vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr erteilt. An den Samstagvormittagen wird nicht unterrichtet. Zugelassen sind den Lehrgängen werden Bauaufseher, Poliere und Arbeiter aus dem Lehrgang. Für die Teilnahme an dem Unterrichtsgeld von 15 M. erhöhen. Im Falle besonderer Bedürftigkeit kann einzelnen Teilnehmern das Unterrichtsgeld ganz oder teilweise erlassen werden. Anmeldungen zu dem Stoffgatter Lehrgang und Anträge auf Abhaltung auswärtiger Lehrgänge sind unter Angabe über die Dauer der gewerblichen Tätigkeit, die im Handwerk abgelegten Prüfungen und den Schulbesuch bis spätestens 8. Januar 1932 an das Sekretariat des Landesgewerbeamts in Stuttgart, Kanzelstraße 19 II, einzureichen. Von diesem können die Anmeldebüchlein bezogen werden.

Gänzliche Beitragszahler verlieren ihre Rechte!
Für die Woche vom 20. bis 26. Dezember ist der 52. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

stellen, des nationalsozialistischen Anturmes und des verstärkten Wiedereingetrens der Gelben. Man darf infolgedessen das verhältnismäßig gute Durchhalten der Gewerkschaften sicher zu einem guten Teil auf gewerkschaftliche Disziplin und solidarische Treue zurückführen. Mehr als mancher befürchtet oder gehofft haben mag, sind die Gewerkschaften ein Faktor unseres Gemeinlebens geworden. Die Gewerkschaften sind ein wesentlicher Faktor des Gemeinlebens der Nation. Sie sind eine Notwendigkeit; ohne sie ist das Arbeiterdasein kaum denkbar.

Arbeiter-Sprachschule in Groß-Berlin. Anfang Januar beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Vorkurse (Stenographie, Englisch, Latein, Französisch, Englisch, Russisch, Französisch). Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt auch ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Zur Deckung der Lohntosten werden für einen Kursus 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen in der Geschäftsstelle der Sprachenschule Berlin C 54, Rosenhaleer Str. 13, werktäglich außer Sonntags zwischen 14 und 21 Uhr.

Weitere Konjunkturverschlechterung in der Zementindustrie. Leber den saisonbedingten Rückgang hinaus hat der Zementabfall eine weitere konjunkturelle Verschlechterung erfahren: Während der Absatz im dritten Vierteljahr 1931 um 20 % unter der entsprechenden Vorjahreszeit machte der Minderabfall im Oktober bereits 37% aus, und für November ergibt sich bei dem Zementabfall von nur noch 195 000 Tonnen ein Rückgang von über 38% gegenüber dem November des Vorjahres.

Der Film „Um Marxismus“ Des Weißes Schweiß! Ein Film des parteigenösslichen Film- und Lichtbilddienstes. Die Einführung bietet eine kurze Spielhandlung, die zeigen will, daß heute, obgleich überall vom Marxismus die Rede ist, nur sehr wenige wissen, was denn eigentlich Marxismus ist. Die Spielhandlung leitet über in den ersten Abschnitt: Weltall und Leben, der dem Zuschauer zunächst den kosmologischen Rahmen des gesellschaftlichen Daseins zeigt. Im nächsten Teil wird dann trübselig die Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Lebensprozesses erläutert. Daran schließt sich die historische Entwicklung, der weitaus umfangreichste Teil, der dem Betrachter die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft demonstriert. Es wird die Gesetzmäßigkeit des Gesellschaftsbaus darzulegen, sie läßt die klassenlose sozialistische Gesellschaft als das geschichtlich notwendige Ziel der proletarischen Klassenbewegung erkennen. Mit diesem Film wurde der Gedanke einer filmischen Gestaltung der gesellschaftlichen Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels zum ersten Male praktisch verwirklicht. — Der illustrierte Prospekt wird auf Anforderung kostenlos überandt. Der Film hat 4 Akte, 1589 Meter und ist jugendfrei. Die Leihgebühr beträgt: 1 Tag 4 M., 2/70, 3/95, 4/115, 5/130, 6/140 M. Der Film wird nur durch den Film- und Lichtbilddienst, Berlin SW 68, Einheitsstraße 3, verliehen.

Kein Betrieb ohne Betriebsvertretung!

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Das Abrechnungsmaterial für das vierte Vierteljahr ist am 16. Dezember an die Vorsitzenden der Baugewerkschaften versandt worden. Baugewerkschaften, die es nicht erhalten haben, müssen es umgehend bei der Bundeskasse anfordern. — Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß Beiträge, die die Baugewerkschaften für Kalender, Buchhüllen, Bundesnadeln, „Bauwerk“, Einbinden usw. an die Bundeskasse zu zahlen haben, nicht als „sonstige Einkünfte“ für die Bundeskasse eingestuft werden dürfen. Diese Beiträge sind an die Bundeskasse besonders einzuführen.

Lohnfassung — neue Beiträge. Das Lohnblatt in der neuen Notverordnung bringt auch den Bauarbeitern am 1. Januar 1932 eine weitere Lohnfassung. Die der neuen Lohnregelung entsprechend neu festzulegenden Wochenbeiträge treten in der gleichen Woche in Kraft, in der die verringerten Löhne erstmalig gezahlt werden. Die neuen Beiträge sind somit erstmalig am Sonntag, dem 2. Januar 1932, in der ersten Beitragswoche des neuen Jahres fällig. Die in § 20 Ziffer 5 der Bundesfassung bestimmte Frist von „spätestens zwei Wochen“ für das Inkrafttreten der nach einer Lohnänderung neu zu regelnden Beiträge fällt somit fort. Das widerspricht nicht der Bundesfassung und wird der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage unserer Bundesmitglieder gerecht.

Bücher u. Schriften

Bestermanns Monatshefte. Die Januarnummer zeichnet sich durch eine gute Wiedergabe von Gemälden in Sud-, Öl-, Pastell- und Bleistift aus. Auch die Zeichnungen sind sehr schön. Der Bestermanns Monatshefte noch nicht kennt, lasse sie gegen Einförmigkeit von 100 Seiten fortzusetzen. Der Bestermanns Monatshefte noch nicht kennt, lasse sie gegen Einförmigkeit von 100 Seiten fortzusetzen. Der Bestermanns Monatshefte noch nicht kennt, lasse sie gegen Einförmigkeit von 100 Seiten fortzusetzen.

Neue Bücher für den Sozialismus. Das Dezemberheft beginnt mit einem aktuellen Aufsatz über „Die Einführung des Lohnes“, der die Wichtigkeit aber auch die Gefahren des Lohnes in der Sozialpolitik behandelt. Der Aufsatz „A r u m u n d S P D.“ gibt gleichzeitig eine gründliche Zusammenfassung der politischen Haltung der neuen Arbeiterbewegung. Weitere interessante Aufsätze sind: „Sozialisation über Sozialgesetzgebung“ und „Sozialistische Jugend“ folgen. Die „Neuen Bücher für den Sozialismus“ erscheinen im Alfred-Brotte-Verlag, Potsdam. Bezugspreis vierteljährlich 2,45 M. Probehefte auf Bestellung 1,25 M.

Neues Buch in Berlin. Ein Führer von Felix Johannes. Mit 170 Bildern und einem farbigen Einband. Preis 1,25 M. mit Postzuschlag 1,35 M. Der Führer von Felix Johannes ist ein Buch, das den Leser in die Welt der Kunst führt. Es enthält eine Fülle von Bildern und Zeichnungen, die den Leser in die Welt der Kunst führen. Es enthält eine Fülle von Bildern und Zeichnungen, die den Leser in die Welt der Kunst führen.

Das geistliche Leben. Roman von Paul Hans. Aus dem Englischen von Hans. Das geistliche Leben ist ein Roman, der den Leser in die Welt der Kirche führt. Es enthält eine Fülle von Bildern und Zeichnungen, die den Leser in die Welt der Kirche führen. Es enthält eine Fülle von Bildern und Zeichnungen, die den Leser in die Welt der Kirche führen.

Rheumatismus und Gicht
Bei Rheumatismus und Gicht...
Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg Nr. 306 (Hsb.)

Reelle Bezugsquellen!
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, mit Daunen, doppelt gereinigt, allerbeste Qualität (Pfd. 3,-), nur keine Federn (Halbdunen) 4,50, 9 Daunen 6,25, gereinigte, gereinigte Federn mit Daunen 8,50 u. 4,75, hochpr. 8,75, alt. 7,-, 1. Volldunen 9,- u. 10,-. Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand 60 Pf., bessere Qualität 80 Pf., halbwelt. Nichtgefalt. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel**, Gänsefedern, Neutrebun 5 b (Oderbr.)

Großer Preisbau! Billige böhmische Bettfedern!
1 Pfund graue, gute, geschlossene Bettfedern 60 Pf., bessere Qualität 80 Pf., halbwelt. flaumige 1,- Mk., 1,20 Mk., weiße, flaumige, geschlossene 1,50 Mk., 1,90 Mk., 2,50 Mk., leinst. geschlossene 1,50 Mk., 1,90 Mk., 2,50 Mk., leinst. flaumige 1,- Mk., 1,20 Mk., 1,- Mk., Rupfedern ungeschlüsselt, mit Flaum gemengt, halbwelt. 1,35 Mk., weiß 1,95 Mk., weißer, allerreinster Flaumrupf 2,25 Mk., 3,25 Mk., 4,25 Mk. Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Nichtpassend wird umgetauscht od. Geld zurück. S. Beusch in Pratz XII, Amerikastr. Nr. 33, 651mm